



EU schafft Roaminggebühr schrittweise ab

Die Europäische Kommission will die Roaminggebühren für Anrufe, Textnachrichten und mobiles Internet in Europa in absehbarer Zeit abschaffen. Der Kunde soll bei Reisen ins EU-Ausland zu den gleichen Preisen wie zu Hause telefonieren können. Für die Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten ändert sich nur wenig, denn die einheimischen Betreiber müssen die Verträge nach wie vor einzeln mit den ausländischen Anbietern aushandeln. Geht es nach der Europäischen Kommission, sollen für Anrufe, Textnachrichten oder mobiles Internet innerhalb der EU keine Roaminggebühren mehr anfallen. Die Telekommunikationsfirmen sollen schrittweise von Juli 2014 bis Juli 2016 nach und nach auf Roaminggebühren für die Handynutzung im europäischen Ausland verzichten. Die Pläne, die am Donnerstag vorgestellt wurden, bauen auf eine zweigleisige Strategie: Der Kunde soll entweder bei Reisen ins EU-Ausland zu den gleichen Preisen wie zu Hause telefonieren oder unterwegs per Klick den Anbieter wechseln dürfen. Der EU-Kommission geht es dabei vor allem um den EU-Binnenmarkt. Die heute exorbitant hohen Kosten seien nur durch fehlenden Wettbewerb möglich geworden. Dies verzerre und belaste den Markt. Mit dem Vorschlag möchte die Kommission diesen Missstand nun beheben. Als nächstes sind nun die EU-Regierungen und das Europaparlament am Zug, welche die Pläne ändern oder auch ablehnen können.

Schweizer Preise könnten steigen

Für die Schweizer Anbieter bleibt die schrittweise Abschaffung der Roaminggebühren innerhalb des EU-Binnenmarktes nicht ohne Folgen. Denn sie können die Roamingtarife für Endkunden nicht selbst festlegen – diese werden mit den ausländischen Telekommunikationsunternehmen einzeln ausgehandelt. Heute verlangen die ausländischen Anbieter von den Schweizer Anbietern hohe

Tarife für Anrufe, die in einem ausländischen Netz terminiert werden. Die schrittweise Abschaffung der Roamingtarife im EU-Binnenmarkt könnte folglich dazu führen, dass die ausländischen Provider eher noch höhere Terminierungsgebühren für Anrufe aus Drittstaaten verlangen werden, um im Binnenmarkt entgangene Einnahmen zu kompensieren. Die heute schon hohen Tarife drohen dadurch noch weiter nach oben zu gehen. Um diesem komplexen Preismechanismus Rechnung zu tragen, sollte geprüft werden, ob die Schweiz im Roamingbereich auch Teil des EU-Binnenmarktes werden könnte. *economiesuisse* würde diesen Schritt begrüßen.

[Link zum Vorschlag der Europäischen Kommission](#)